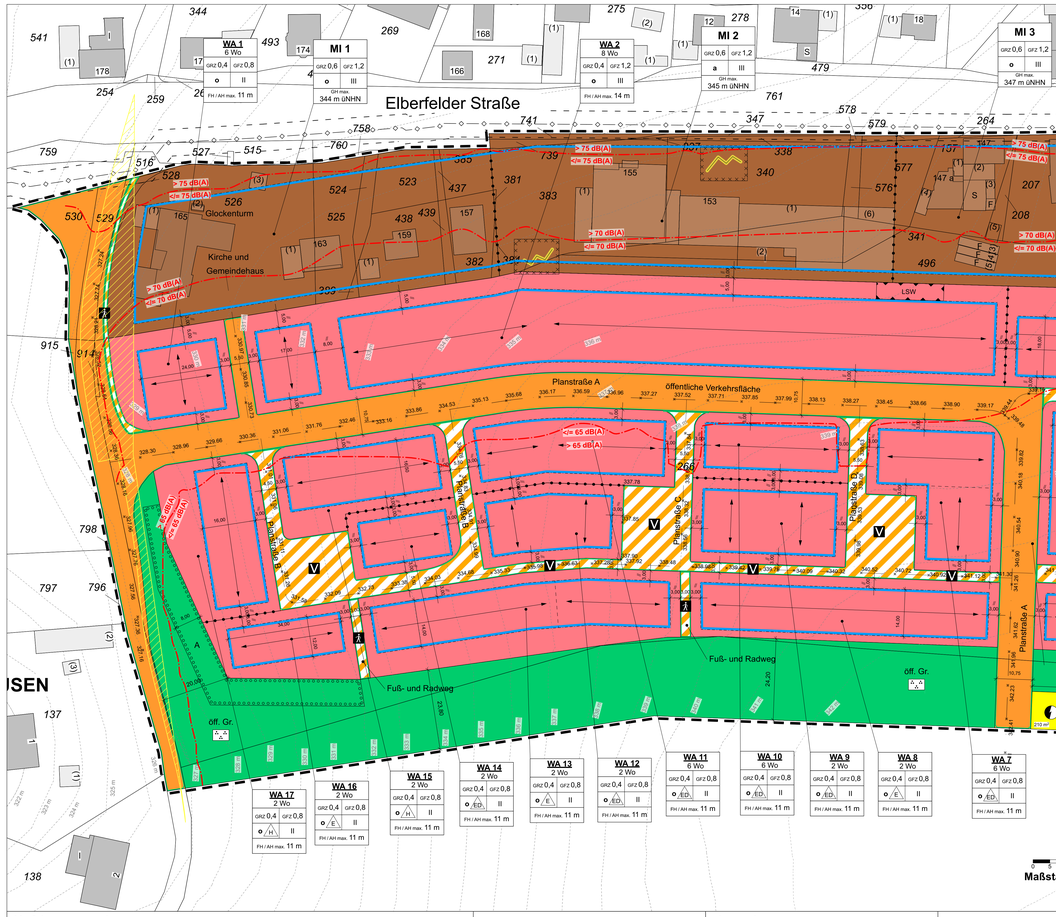


Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss
(gemäß § 2 Abs. 1 BauGB)
Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat am 29.11.2018 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 108 "Wohngebiet Karthausen, Bauabschnitt 1" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 26.03.2019 ortsüblich bekannt gemacht.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(gemäß § 3 Abs. 1 BauGB)
Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB hat in der Zeit vom 01.04.2019 bis 30.04.2019 stattgefunden.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Frühzeitige Beteiligung der Behörden, Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden
(gemäß § 4 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 BauGB)
Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden hat in der Zeit vom 01.04.2019 bis 30.04.2019 stattgefunden.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Öffentliche Auslegung
(gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)
Der Bebauungsplanentwurf wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom _____ bis _____ öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung der Auslegung wurde am _____ vollzogen.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
(gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)
Zum Bebauungsplan und der Begründung wurden die Behörden und Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom _____ über die öffentliche Auslegung informiert und zur Abgabe ihrer Stellungnahmen bis zum _____ aufgefordert.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Erneute öffentliche Auslegung
(gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 a Abs. 3 BauGB)
Der überarbeitete Bebauungsplanentwurf wurde mit der Begründung vom _____ bis _____ erneut öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung der erneuten Auslegung wurde am _____ vollzogen.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
(gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Absatz 3 BauGB)
Zum Bebauungsplan und der Begründung wurden die Behörden und Trägern öffentlicher Belange sowie den Nachbargemeinden mit Schreiben vom _____ über die erneute öffentliche Auslegung informiert und zur Abgabe ihrer Stellungnahmen bis zum _____ aufgefordert.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Satzungsbeschluss
(gemäß § 10 Abs. 1 BauGB)
Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 10 Abs. 1 BauGB vom Rat der Stadt Radevormwald am _____ als Satzung beschlossen worden.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Ausfertigung und Inkrafttreten des Bebauungsplans
(gemäß § 10 Abs. 3 BauGB)
Dieser Bebauungsplan wurde am _____ ausgefertigt und ist durch ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 Abs. 3 am _____ in Kraft getreten.

Radevormwald, _____ Der Bürgermeister

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

Baunutzungsverordnung (BauNVO), Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV), Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen und die Darstellung des Planinhalts vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. 1994 S. 666), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW S. 916) geändert worden ist

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) in der Fassung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW, S. 421), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GV. NRW. S. 287) geändert worden ist

Landesbodenschutzgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbodenschutzgesetz - LBodSchG) in der Fassung 25. Juli 2005 die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GV. NRW. S. 428) geändert worden ist

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), die zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist

Raumordnungsgesetz (ROG) in der Fassung vom 22. November 2008 (BGBl. I S. 2986), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694) geändert worden ist

Legende

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ; §§ 1-11 BauNVO)

- WA — Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)
- MI — Mischgebiete (§ 6 BauNVO)
- WA 1 — Beschränkung der maximalen Zahl der Wohnungen je Einzel-, Doppel- und Reihenhaus

Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB, § 16 BauNVO)

- GRZ 0,4 — Grundflächenzahl
- GFZ 0,8 — Geschossflächenzahl
- II — Maximale Zahl der Vollgeschosse. Die Zahl der Vollgeschosse wird gemäß § 20 BauNVO nur klarstellend angegeben, es zählt die Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen.
- GH max. 350 m üNHN — Maximale Höhe baulicher Anlagen in m üNHN
- FH / AH max. 11m — Maximale Firsthöhe (FH) / Attikahöhe (AH) baulicher Anlagen bezogen auf die geplante Straßenhöhe

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr.2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

- o — Offene Bauweise
- a — Abweichende Bauweise
- E — Nur Einzelhäuser zulässig
- ED — Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- H — Nur Hausgruppen zulässig
- Baugrenze
- Gebäudeausrichtung / Firstrichtung

Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

- Öffentliche Straßenverkehrsflächen
- Fußgängerbereich
- V — Verkehrsberuhigter Bereich
- Fuß- und Radweg

Versorgung, Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

- Flächen für Versorgungsanlagen, Zweckbestimmung Elektrizität
- Flächen für Versorgungsanlagen, Zweckbestimmung Nahwärme

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

- Ferngasleitung unterirdisch mit 4m beidseitigem Schutzstreifen

Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

- Öff.Gr. — Öffentliche Grünflächen
- Zweckbestimmung: Parkanlage

Schutz, Pflege,Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs.1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Sonstige Planzeichen

- LSW — Flächen für Versorgungsanlagen und sonstige schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Lärmschutzwand (§ 5 Abs. 2 Nr. 6 und Abs. 4 BauGB)
- Für bauliche Nutzungen vorgesehenen Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (§ 5 Abs. 3 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB), Kampfmittelverdachtsflächen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Sonstige Darstellungen

- 29° — Kampfmittelverdachtsfläche, Laufgräben
- Flurstück mit Flurstücksnummer
- Gebäude mit Hausnummer
- Freizuhaltendes Sichtfeld an der Einmündung zur L 81
- 339,17 — Geplante Höhe der Straßengradiente im Fertigausbau, Angabe in m üNHN
- > 75 dB(A) — Maßgeblicher Außenlärmpegel mit Angabe in dB(A) Darstellungen im Plan (Isophonen) auf der Grundlage der flächenhaften Darstellung der maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 41 09 (2018) bei freier Schallausbreitung "Verkehrslärm" im Plangebiet (vgl. Büro Peutz, Düsseldorf (2021). Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 108 – Wohngebiet Karthausen, Bauabschnitt 1 – der Stadt Radevormwald. Bericht F 8727-1 vom 10.06.2020 / Druckdatum: 04.05.2021. Anlage12.1) sind der Begründung zu entnehmen.
- Für die Allgemeinen Wohngebiete WA 5, WA 8, WA 13 und WA 16 wird zusätzlich zur offenen Bauweise eine Bebauung in Einzelhausbauweise (E) festgesetzt.
- Einzel- und Doppelhäuser (gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO)
- Für die Allgemeinen Wohngebiete WA 5, WA 8, WA 13 und WA 16 wird zusätzlich zur offenen Bauweise eine Bebauung in Einzelhausbauweise (E) festgesetzt.
- Einzelhäuser (gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO)
- Für die Allgemeinen Wohngebiete WA 3, WA 4, WA 6, WA 7, WA 9, WA 10, WA 11, WA 12 und WA 14 wird zusätzlich zur offenen Bauweise eine Bebauung in Einzel- und Doppelhausbauweise (ED) festgesetzt.
- Hausgruppen (gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO)
- Für die Allgemeinen Wohngebieten WA 15 und WA 17 wird zusätzlich zur offenen Bauweise eine Bebauung in Hausgruppen (H) festgesetzt.

Textliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

1.1. Art der baulichen Nutzung
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. BauNVO sowie § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Allgemeine Wohngebiete gemäß § 4 BauNVO
Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans werden Allgemeine Wohngebiete (WA) gemäß § 4 BauNVO als Art der baulichen Nutzungen festgesetzt. Die allgemeinen Wohngebiete sind unterteilt in 17 Teilbereiche (WA 1, WA 2, WA 3, WA 4, WA 5, WA 6, WA 7, WA 8, WA 9, WA 10, WA 11, WA 12, WA 13, WA 14, WA 15, WA 16 und WA 17).
Zulässig sind gemäß § 4 Abs. 2 BauNVO und die ausnahmsweise zulässige Nutzung gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO:
1. Wohngebäude
2. die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden mit einer Verkaufsfläche bis zu 150 m², Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe
3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
4. Betriebe des Beherbergungsgewerbes.
Nicht zulässig sind die ausnahmsweisen zulässigen Nutzungen gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO:
1. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
2. Anlagen für Verwaltungen
3. Gartenbaubetriebe
4. Tankstellen.

Mischgebietsflächen gemäß § 6 BauNVO
Im nördlichen Planbereich werden Mischgebiete (MI) gemäß § 6 BauNVO als Art der baulichen Nutzung festgesetzt. Die Mischgebiete werden in drei Teilbereiche (MI 1, MI 2 und MI 3) unterteilt.
Zulässig sind gemäß § 6 Abs. 2 BauVO:
1. Wohngebäude,
2. Geschäfts- und Bürogebäude,
3. Kleinflächige Einzelhandelsbetrieben mit Nicht-zentrenrelevantem Kernsortiment,
4.Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
5. sonstige Gewerbebetriebe,
6. Anlagen für Verwaltungen sowie kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
7. Tankstellen.

Ausnahmsweise zulässig sind Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevantem Kernsortiment mit einer Verkaufsfläche bis zu 150 m², die der örtlichen Versorgung dienen.

Nicht zulässig sind die gem. § 6 Abs. 2 Nr. 6 und 8 BauNVO zulässigen Nutzungen und die ausnahmsweisen zulässigen Nutzungen gemäß § 6 Abs. 3 BauNVO:
1. Gartenbaubetriebe,
2. Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO in den Teilen des Gebiets, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind,
3. Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO außerhalb der in § 6 Abs. 2 Nr. 8 BauNVO bezeichneten Teile des Gebiets.

Radevormwalder Sortimentsliste

Nahversorgungsrelevante Sortimente	pharmazeutische Artikel
Blumen	Schreibwaren
Drogeriewaren, Körperpflegeartikel	Schnittblumen
Getränke (Getränkefachmarkt, Getränke-Discounter)	Spielwaren, Bastelartikel
Lebensmittel	Kinderwagen
Bekleidung, Wäsche	Künstlerbedarf, Bastelzubehör, Lederwaren / Taschen, Koffer / Regenschirme
Bücher, Computer und Zubehör	medizinische und orthopädische Artikel
Elektrogroßgeräte, Elektrokleingeräte, Elektronik / Multimedia / Foto / Produkte / Kamera	Musikinstrumente und Zubehör
Handarbeitswaren / Kurzwaren / Meterware / Wolle, Stickereibedarf	Papier, Bürobedarf, Schreibwaren, Schule, Spielwaren
Kerzen, Kunstblumen, Gardinen / Dekostoffe, Hörgeräte	Uhren / Schmuck, Kristallwaren, Briefmarkenhandel
Leder-, Jagd-Bekleidung und Zubehör (ohne Bekleidung und Schuhe)	Lampen / Leuchten / Leuchtmittel
Sportbekleidung / Bauteile / Ausnahmesortiment: Sportgroßgeräte	Manufaktur-, Möbel*
Campingartikel*, Erotikartikel	Sportgroßgeräte**
Fahrräder und motorisierte Zubehör (ohne Bekleidung und Schuhe)	Teppiche (Einzelwaren)
Kfz-, Caravan- und Motorradzubehör**	Topf- und Zimmerpflanzen
	Zoologische Artikel, lebende Tiere
	Kfz- und Motorradhandel**

*** Während die Liste der zentrenrelevanten Sortimente als abschließend gilt, ist die Aufzählung der nicht zentrenrelevanten Sortimente als beispielhaft zu verstehen. Sie kann um weitere, ähnlich strukturierte Sortimente ergänzt werden, wenn diese nicht als zentrenrelevant eingestuft werden.**
** Kfz- und Motorradhandel gehört zum Einzelhandel, s. Ziffer 2.8 der Einzelhandelserlasses, jedoch nur in der Ausdehnung, die in einschränkender Umgrenzung und wird nachrichtlich in die Liste der nicht-zentrenrelevanten Sortimente aufgeführt.

Abbildung: Radevormwalder Sortimentsliste. Quelle: Einzelhandelskonzept für die Stadt Radevormwald – Fortschreibung 2020 von Junker + Kruse Stadtforschung Planung aus Dortmund, Darstellung Lolth, Stadtplanung

Beschränkung der Zahl der Wohnungen je Einzel-, Doppel- oder Reihenhaus
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)
Es wird festgesetzt wird für die Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser der Allgemeinen Wohngebiete die Zahl der Wohnungen beschränkt. Für das Allgemeine Wohngebiet WA 2 wird die Zahl der Wohnungen je Einzel-, Doppel- oder Reihenhaus auf max. 8 Wohneinheiten beschränkt. Für die Allgemeinen Wohngebiete WA 1, WA 6, WA 7, WA 10 und WA 14 wird die Zahl der Wohnungen je Einzel-, Doppel- oder Reihenhaus auf max. 6 Wohneinheiten beschränkt. Für die Allgemeinen Wohngebiete WA 3, WA 4, WA 5, WA 8, WA 9, WA 11, WA 12, WA 13, WA 15, WA 16 und WA 17 wird die Zahl der Wohnungen je Einzel-, Doppel- oder Reihenhaus auf max. 2 Wohneinheiten beschränkt.

1.2. Maß der baulichen Nutzung
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

Grundflächenzahl (gemäß § 17 und § 19 BauNVO)
Die Grundflächenzahl (GRZ) wird in den Mischgebieten MI 1, MI 2 und MI 3 mit 0,6 festgesetzt. Die Grundflächenzahl (GRZ) wird in den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2, WA 3, WA 4, WA 5, WA 6, WA 7, WA 8, WA 9, WA 10, WA 11, WA 12, WA 13, WA 14, WA 15, WA 16 und WA 17 mit 0,4 festgesetzt.

Geschossflächenzahl (gemäß §17 und § 20 BauNVO)
Die Geschossflächenzahl (GFZ) wird in den Mischgebieten MI 1, MI 2 und MI 3 mit 1,2 festgesetzt. Die Geschossflächenzahl (GFZ) wird in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 3, WA 4, WA 5, WA 6, WA 7, WA 8, WA 9, WA 10, WA 11, WA 12, WA 13, WA 14, WA 15, WA 16 und WA 17 mit 0,8 festgesetzt. In den Allgemeinen Wohngebiet WA 2 wird die GFZ mit 1,2 festgesetzt.

Zahl der Vollgeschosse (gemäß § 20 BauNVO)
Die Anzahl der zulässigen Vollgeschosse wird in den Mischgebieten MI 1, MI 2 und MI 3 sowie in dem Allgemeinen Wohngebiet WA 2 mit maximal drei Vollgeschossen festgesetzt. Die Zahl der Vollgeschosse wird gemäß § 20 BauNVO nur klarstellend angegeben, es zählt die Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen.

Höhe der baulichen Anlagen (gemäß §18 BauNVO)
In den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 3, WA 4, WA 5, WA 6, WA7 ,WA 8, WA 9, WA 10, WA 11, WA 12, WA 13, WA 14, WA 15, WA 16 und WA 17 betragen die maximalen Firsthöhen (FH) und maximalen Attikahöhen (AH) 11m. Im allgemeinen Wohngebiet WA 2 betragen die maximalen Firsthöhen (FH) und maximalen Attikahöhen (AH) 16m.
Die angegebenen maximalen Firsthöhen und Attikahöhen (obere Bezugspunkte) beziehen sich jeweils auf die Oberkante der mittig vor dem Grundstück liegenden öffentlichen Straßenverkehrsfläche im Fertigausbau (untere Bezugspunkte). Der untere Bezugspunkt ist jeweils die höhe der Straßengradiente der mittig vor dem Grundstück liegenden Verkehrsfläche. Dieser Bezugspunkt ist auf der Grundlage der im Bebauungsplan zeichnerisch festgesetzten Höhenfestsetzungen als Straßengradiente der Straßengradiente für das jeweilige Gebäude endlodig durch Interpolation ermittelbar. Bei Festsetzungen zur Höhe baulicher Anlagen ist ein Überschreiten dieser Höhenfestsetzungen bis zu max. 2,00 Meter durch technische Aufbauten wie Aufzugsschächte, Schornsteine, Lüftungsanlagen und Antennenanlagen zulässig. Bei Grundstücken, die an verschiedene öffentliche Verkehrsflächen anschließen gilt folgende Gewichtung: Es gelten die Bezugspunkte innerhalb der Planstraße A, als Haupterschließungsstraße, wenn das Grundstück mit mindestens einer Seite an diese öffentliche Verkehrsfläche angrenzt. Bei Grundstücken, die mit keiner Grundstücksgrenze an die Planstraße A angrenzen, gelten die im Plan angegebenen Höhen der jeweils angrenzenden Stichwege mit Wendeanlagen: Planstraße B, Planstraße C, Planstraße D, Planstraße E und Planstraße F. Bei Grundstücken, die mit keiner Grundstücksgrenze an einer der genannten Planstraßen angrenzen, gelten die nächstgelegenen Bezugspunkte einer der angegebenen Planstraßen oder der unmittelbar angrenzenden verkehrsberuhigten Bereiche. In dem Mischgebiet MI 1 beträgt die maximale Gebäudehöhe (GH) 344 m üNHN, im MI 2 beträgt die maximale Gebäudehöhe 345 m üNHN und im MI 3 beträgt die maximale Gebäudehöhe 347 m üNHN.

1.3. Bauweise, Baugrenzen und überbaubaren Grundstücksflächen
Bauweise
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
In allen allgemeinen Wohngebieten und in den Mischgebieten MI 1 und MI 3 wird die offene Bauweise festgesetzt.
Das Mischgebiet MI 2 wird gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO als abweichende Bauweise festgesetzt. Die Abweichung von der offenen Bauweise wird gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO entspricht der Zulässigkeit von Gebäuden mit einer Gebäudelänge von mehr als 50 Meter.
Einzelhäuser (gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO)
Für die Allgemeinen Wohngebiete WA 5, WA 8, WA 13 und WA 16 wird zusätzlich zur offenen Bauweise eine Bebauung in Einzelhausbauweise (E) festgesetzt.
Einzel- und Doppelhäuser (gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO)
Für die Allgemeinen Wohngebiete WA 3, WA 4, WA 6, WA 7, WA 9, WA 10, WA 11, WA 12 und WA 14 wird zusätzlich zur offenen Bauweise eine Bebauung in Einzel- und Doppelhausbauweise (ED) festgesetzt.
Hausgruppen (gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO)
Für die Allgemeinen Wohngebieten WA 15 und WA 17 wird zusätzlich zur offenen Bauweise eine Bebauung in Hausgruppen (H) festgesetzt.

Überbaubare Flächen (gemäß § 23 BauNVO)
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die Baugrenzen festgesetzt.

Nebenanlagen (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen, die dem Nutzungszweck der im Baugebiet gelegenen Grundstücken oder dem Baugebiet selbst dienen und die einer Eigenart nicht widersprechen, sind gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO auch außerhalb der Baugrenzen zulässig.

Gebäudestellung (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
Auf den überbaubaren Grundstücksflächen im Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2, WA 3, WA 4, WA 5, WA 6, WA 7, WA 8, WA 9, WA 10, WA 11, WA 12, WA 13, WA 14, WA 15, WA 16 und WA 17 sind Gebäude mit einer Grundfläche von mehr als 30 m² so zu errichten, dass ihre Längsachsen parallel zur der in den Planstraßenquerschnitten festgesetzten Gebäudeausrichtung/ Firstrichtung ausgerichtet ist. Geringfügige Abweichung bis zu 3° sind möglich. Die Regelungen zur Stellung der baulichen Anlagen gelten nicht für Nebengebäude mit einer Grundfläche von weniger als 30 m².

2. Flächen für Verkehr

Öffentliche Verkehrsflächen
Im Plangebiet werden Flächen für öffentliche Verkehrsflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB festgesetzt.

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
Fußgängerbereich
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 wird eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung mit der Zweckbestimmung Fußgängerbereich festgesetzt.
Fuß- und Radweg
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 werden Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung mit der Zweckbestimmung Fuß- und Radweg festgesetzt.
Verkehrsberuhigter Bereich
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 werden Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung mit der Zweckbestimmung Verkehrsberuhigter Bereich festgesetzt.

Ein- und Ausfahrten
Je Grundstück im Bereich des allgemeinen Wohngebietes WA 2 ist lediglich ein Ein-./ Ausfahrtsbereich in einer maximalen Breite von 4,50 m zulässig. Die genaue Position der Ein- und Ausfahrten kann nicht im Bebauungsplan festgesetzt werden, da die Grundstücksaufteilung erst im Nachgang erfolgen wird. Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 ist auf den Grundstücken außerhalb des 4,50 m breiten Ein- und Ausfahrtsbereich von den öffentlichen Verkehrsflächen ausgehend keine direkte Zufahrt auf private Stellplätze zulässig.

3. Stellplätze und Garagen

PKW-Stellplätze (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4)
Stellplätze und Garagen sind in den Baugebieten generell zulässig.

4. Flächen für Versorgungsanlagen

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 12 werden Flächen für Versorgungsanlagen festgesetzt. Sie dienen der Zweckbestimmung Elektrizität und der Zweckbestimmung Nahwärme.

5. Grünflächen

Öffentliche Grünflächen
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 werden öffentliche Grünflächen mit der Zweckbestimmung Parkanlage festgesetzt.

6. Grünordnerische Festsetzungen

6.1 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

Anpflanzungen innerhalb der öffentlichen Grünfläche
In den öffentlichen Grünflächen sind mindestens 30 % der Gesamtfläche mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Die Anpflanzungen sind truppweise in wechselnder Stellung vorzunehmen. Dabei ist mindestens je angefangene 500 m² Pflanzfläche ein Baum 1. Ordnung (Bäume mit einer Endhöhe über 20 m), und ein Baum 2. Ordnung (Bäume mit einer Endhöhe bis 20 m) in der Pflanzgröße von mindestens einem Stammumfang von 18 bis 20 cm anzupflanzen. Sträucher sind in der Pflanzgröße von mindestens einer Höhe von 60 bis 100 cm anzupflanzen. Diese An- und Bepflanzungen sind dauerhaft zu erhalten. Ausfallende Bäume und Sträucher sind entsprechend nachzupflanzen. Die Anpflanzungen der Planzgebotsflächen in den beiden Flächen A und B nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 sind auf den Anteil von 30 % anrechenbar.

Pflanzgebotsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) BauGB)
In den beiden Pflanzgebotsflächen A und B sind Bäume und Sträucher in einem Pflanzverband von 1,5 m x 1,5 m anzupflanzen. Dabei ist mindestens je angefangene 200 m² Pflanzfläche ein Baum 2. Ordnung (Bäume mit einer Endhöhe bis 20 m) in der Pflanzgröße von mindestens einem Stammumfang von 18 bis 20 cm anzupflanzen. Sträucher sind in der Pflanzgröße von mindestens eine Höhe von 60 bis 100 cm anzupflanzen. Diese An- und Bepflanzungen sind dauerhaft zu erhalten. Ausfallende Bäume und Sträucher sind entsprechend nachzupflanzen. Geeignete Baumarten sind der Artenliste A zu entnehmen.

Straßenraumbegrünung (Straßenbäume)
Innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen mit der Kennzeichnung Planstraße A sind mindestens 20 standortgerechte, mindestens mittelkronige Laubbäume, in der Pflanzgröße von mindestens einem Stammumfang von 20 bis 25 cm, anzupflanzen. Die Baumbeete müssen mindestens 2 m x 3 m groß und begrünt sein. Es ist ein durchwurzelbares Volumen von mindestens 12 m³ vorzusehen. Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten. Ausfallende Bäume sind entsprechend nachzupflanzen. Geeignete Baumarten sind der Artenliste A zu entnehmen.

Straßenraumbegrünung (Quartiersplätze)
Innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen mit der Kennzeichnung „Verkehrsberuhigter Bereich" ist pro 4 Stellplätzen ein standortgerechter, mindestens mittelkroniger Laubbaum, in der Pflanzgröße von mindestens einem Stammumfang von 20 bis 25 cm, anzupflanzen. Die Bäume sind vorrangig in den platzartigen Aufweitungen der Verkehrsfläche anzupflanzen. Die Baumbeete müssen mindestens 2 m x 2 m groß und begrünt sein. Diese Anpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten. Ausfallende Bäume sind entsprechend nachzupflanzen. Geeignete Baumarten sind der Artenliste A zu entnehmen.

Begrünung von Flachdächern und gering geneigten Dächern
Die Dachflächen von Hauptgebäuden mit Flachdächern (0° bis 5°) und Pultdächern (5° bis 15°) und die Dächer von Garagen und Carports sind gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB als begrünte Dachflächen auszubilden, dauerhaft zu pflegen und zu unterhalten. Die begrünten Dachflächen sind mindestens extensiv zu begrünen. Die Mindeststärke der Drän-, Filter- und Vegetationsschichten beträgt 12 cm.
Davon ausgenommen sind Dachflächenbereiche bis zu 30 % der Dachfläche, die für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen, für erforderliche haustechnische Einrichtungen, Tageslicht-Beleuchtungselemente oder für Dachfenstern genutzt werden. Die Begrünungspflicht entsteht, wenn durch baugenehmigungspflichtige Maßnahmen Dachflächen im o. g. Sinne neu geschaffen werden.

Begrünung von Tiefgaragendächern
Die nicht überbauten Decken von Tiefgaragen sind intensiv zu begrünen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Verwendung benötigt werden. Die Mindeststärke der Drän-, Filter- und Vegetationsschichten beträgt mindestens 35 cm. Die Begrünung ist dauerhaft zu erhalten.

Begrünung Schallschutzwand
Die im Bebauungsplan räumlich konkret festgesetzte Lärmschutzwand ist gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB mindestens je 2 laufende Meter mit einer standortgerechten Schling- und Kletterpflanze, in der Pflanzgröße von mindestens 3 Trieben, zu begrünen. Bei Schling- und Kletterpflanzen, die nicht selbst halten, sind Kletterhilfen anzubringen. Das Pflanzbeet muss mindestens 40 cm x 40 cm groß sein. Diese Anpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten. Ausfallende Pflanzen sind entsprechend nachzupflanzen.

Pflanzung von Gehölzen auf privaten Flächen/ Hausbaum
In den Allgemeinen Wohngebieten ist auf Baugrundstücken ab 300 m² Grundstücksgröße mindestens ein Hausbaum oder ein heimischer Obstbaum entsprechend der Artenliste B zu pflanzen, dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang zu ersetzen.

Artenlisten zu Bepflanzungen
Artenliste A (Straßenbegleitende Begrünung und Quartiersplatzbäume)
- Spitzahorn (Acer platanoides)
- Dreidorniger Lederhülsenbaum, Gleditsche (Gleditsia triacanthos)
- Amberbaum (Liquidambar styraciflua)
- Zerreiche (Quercus cerris)
- Traubeneiche (Quercus petraea)
- Stieleiche (Quercus robur)
- Winterlinde (Tilia cordata)
- Sommerlinde (Tilia platyphyllos , Pallida')

Artenliste B (Pflanzung von Gehölzen auf privaten Flächen/ Hausbaum)
- Obstbaum in Sorten (Hochstamm auf starkwachsender Unterlage: Apfel, Birne, Kirsche, mindestens als Hochstamm)
- Feldahorn (Acer campestre)
- Apfel-Felsenbirne (Amelanchier lamarkii)
- Hainbuche (Carpinus betulus)
- Kornelkirsche (Cornus mas)
- Echter Rotdorn (Crataegus laevigata ‚Paul's Scarlet')
- Eingriffliger Weißdorn (Crataegus monogyna)
- Schmalblättrige Eiche (Fraxinus angustifolia)
- Dreidorniger Lederhülsenbaum, Gleditsche (Gleditsia triacanthos)
- Amberbaum (Liquidambar styraciflua)
- Stammmagnolie (Magnolia stellata)
- Zierapfel (Malus Arten)
- Eisenholzbaum (Parrotia persica)
- Wildbirne (Pyrus calleryana)
- Weidenblättrige Birne (Pyrus salicifolia)
- Eberesche (Sorbus aucuparia)

7. Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

7.1 Aktive Schallschutzmaßnahmen
Lärmschutzwand
Zum Schutz vor dem Gewerbelärm, resultierend aus dem bestehenden Autohaus, wird eine etwa 12,50 m lange und etwa 2 m hohe Lärmschutzwand zwischen dem Mischgebiet MI 2 und dem Allgemeinen Wohngebiet WA 2 auf der dazu vorgesehenen Fläche (siehe Plandarstellung) auf der Böschungskante an der Grenze zum Autohaus vorgesehen. Die Lärmschutzwand muss als Schallschutzm